

Euro-Krise und kein Ende – Wege aus der Krise

Axel Troost

Berlin

17. Oktober 2012



Was will der Vortrag zeigen?

- Ursachen
- Falsche Rettungspolitik
- Ein Ende der Dauerkrise ist möglich
– das Konzept der Fraktion DIE LINKE

Ursachen der Eurokrise

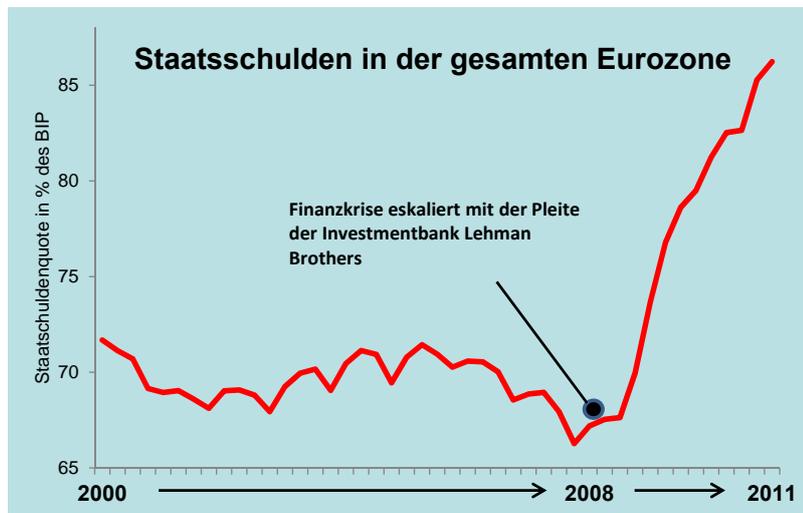
- **Hohe Kosten aus Finanzkrise**
(Bankenrettung, Konjunkturprogramme, Immobilienblasen)
- **Fehlkonstruktion der Währungsunion**
(unkoordinierte Wirtschafts- und Fiskalpolitik führt zu massiven Verwerfungen)
- **Hausgemachte Probleme**
(Korruption, Steuerhinterziehung, manipulierte Haushaltszahlen, ...)

3

- Grundsätzlich entsteht Staatsverschuldung, wenn ein Staat mehr ausgibt als er an ordentlichen Einnahmen zur Verfügung hat. Um diese zusätzlichen Ausgaben zu decken, muss der Staat Kredite aufnehmen, üblicherweise für eine bestimmte Laufzeit. Diese Finanzierung nennt man **Nettokreditaufnahme** bzw. **Nettoneuverschuldung**.
- Ist das Ende der Laufzeit erreicht, muss der Kredit zurückgezahlt werden, woraufhin der Staat in aller Regel neue Kredite aufnimmt. Die Summe aus Nettokreditaufnahme und der Anschlusskredite zur Tilgung der ausgelaufenen Kredite nennt man **Bruttokreditaufnahme** bzw. **Bruttoneuverschuldung**.
- Die Nettokreditaufnahme nur einen kleinen Teil der Bruttoneuverschuldung aus. Im Jahre 2011 belief sich in Deutschland die Nettokreditaufnahme auf ca. 12 Mrd. Euro, wohingegen der allergrößte Teil (280 Mrd. Euro) der aufgenommenen Kredite zur Rückzahlung bestehender Schulden aufgewendet wurde.

4

Finanzkrise: Staatsschulden explodieren



Deutschland: Anstieg um ca. 300 Mrd. € (Bruttoschulden)

5

Zinsausgaben in vH der Steuereinnahmen

GEO/TIME	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Europäische Union (27 Länder)	8,9%	8,6%	8,0%	7,6%	7,2%	6,9%	6,6%	6,8%	6,9%	6,7%	6,9%
Euroraum (17 Länder)	9,4%	9,3%	8,7%	8,2%	7,8%	7,5%	7,2%	7,3%	7,5%	7,1%	7,0%
Euroraum (16 Länder)	9,4%	9,3%	8,7%	8,2%	7,8%	7,4%	7,2%	7,3%	7,5%	7,1%	7,0%
Euroraum (15 Länder)	9,4%	9,3%	8,7%	8,2%	7,8%	7,4%	7,2%	7,3%	7,6%	7,1%	7,0%
Euroraum (13 Länder)	9,4%	9,3%	8,7%	8,2%	7,8%	7,4%	7,2%	7,3%	7,6%	7,1%	7,0%
Euroraum (12 Länder)	9,4%	9,3%	8,7%	8,2%	7,8%	7,5%	7,2%	7,3%	7,6%	7,2%	7,0%
Belgien	14,3%	14,0%	12,3%	11,6%	10,3%	9,3%	8,7%	8,5%	8,4%	8,2%	7,6%
Bulgarien	13,2%	13,9%	8,0%	7,2%	5,9%	5,1%	4,3%	3,6%	2,8%	2,7%	2,2%
Tschechische Republik	2,4%	2,9%	3,3%	3,0%	3,0%	3,1%	3,0%	3,1%	3,0%	3,8%	4,0%
Dänemark	7,4%	7,0%	6,5%	5,9%	5,1%	4,0%	3,5%	3,2%	2,9%	3,9%	3,9%
Deutschland	7,6%	7,7%	7,4%	7,5%	7,3%	7,2%	7,2%	7,1%	6,9%	6,6%	6,4%
Estland	0,7%	0,5%	0,7%	0,7%	0,7%	0,6%	0,6%	0,5%	0,7%	0,5%	0,3%
Irland	6,2%	4,9%	4,6%	4,1%	3,6%	3,3%	3,1%	3,2%	4,4%	6,8%	10,5%
Griechenland	20,5%	18,6%	15,8%	14,7%	14,6%	13,7%	14,1%	14,1%	15,1%	15,8%	17,6%
Spanien	9,4%	9,0%	7,8%	6,9%	5,8%	4,9%	4,4%	4,3%	4,8%	5,6%	5,8%
Frankreich	6,3%	6,7%	6,6%	6,3%	6,2%	6,0%	5,7%	6,0%	6,5%	5,6%	5,5%
Italien	15,3%	15,4%	13,9%	12,5%	11,8%	11,7%	11,1%	11,6%	12,0%	10,6%	10,4%
Zypern	19,4%	18,8%	17,7%	18,9%	17,4%	17,3%	15,7%	13,1%	7,4%	7,3%	6,4%
Lettland	3,3%	3,2%	2,6%	2,4%	2,6%	1,9%	1,5%	1,1%	2,0%	5,5%	5,3%
Litauen	5,8%	5,3%	4,6%	4,4%	3,3%	2,8%	2,5%	2,4%	2,2%	4,3%	6,7%
Luxemburg	0,9%	0,8%	0,7%	0,6%	0,4%	0,4%	0,5%	0,7%	0,9%	1,0%	1,1%
Ungarn	13,4%	12,3%	10,7%	10,7%	11,7%	11,2%	10,6%	10,3%	10,3%	11,6%	11,1%
Malta	28,5%	24,6%	25,4%	23,8%	25,0%	24,7%	23,6%	21,7%	9,2%	8,9%	8,8%
Niederlande	9,1%	8,2%	7,3%	6,9%	6,5%	6,2%	5,6%	5,7%	5,6%	5,6%	4,9%
Österreich	8,1%	7,6%	7,4%	6,9%	6,7%	6,9%	6,7%	6,7%	6,0%	6,4%	6,1%
Polen	9,3%	9,7%	8,8%	9,2%	8,8%	8,6%	7,9%	6,7%	6,5%	8,4%	8,5%
Portugal	8,8%	8,8%	8,2%	7,7%	7,6%	7,0%	7,5%	8,4%	8,7%	8,5%	8,8%
Rumänien	12,9%	11,9%	8,6%	5,7%	5,3%	4,3%	2,9%	2,4%	2,5%	5,6%	5,6%
Slowenien	6,4%	6,2%	5,7%	5,1%	4,4%	4,0%	3,6%	3,4%	3,0%	3,6%	4,3%
Slowakei	11,9%	12,0%	10,7%	7,6%	6,9%	5,5%	5,0%	4,8%	4,3%	5,0%	4,8%
Finnland	6,0%	6,0%	4,7%	4,3%	4,1%	3,8%	3,6%	3,4%	3,4%	3,3%	3,2%
Schweden	6,7%	5,5%	6,4%	4,7%	3,7%	3,8%	3,6%	3,7%	3,5%	2,5%	2,3%
Vereinigtes Königreich	7,2%	6,2%	5,5%	5,5%	5,4%	5,6%	5,4%	5,9%	5,8%	5,2%	7,8%
Island	9,1%	9,5%	8,5%	7,5%	6,4%	5,4%	5,2%	6,4%	9,1%	19,5%	15,8%
Norwegen	3,6%	4,3%	4,2%	4,3%	3,3%	2,8%	3,5%	3,0%	3,5%	3,4%	3,1%
Schweiz	6,1%	5,9%	5,7%	5,4%	5,2%	5,0%	4,6%	4,3%	3,8%	3,4%	3,2%

6

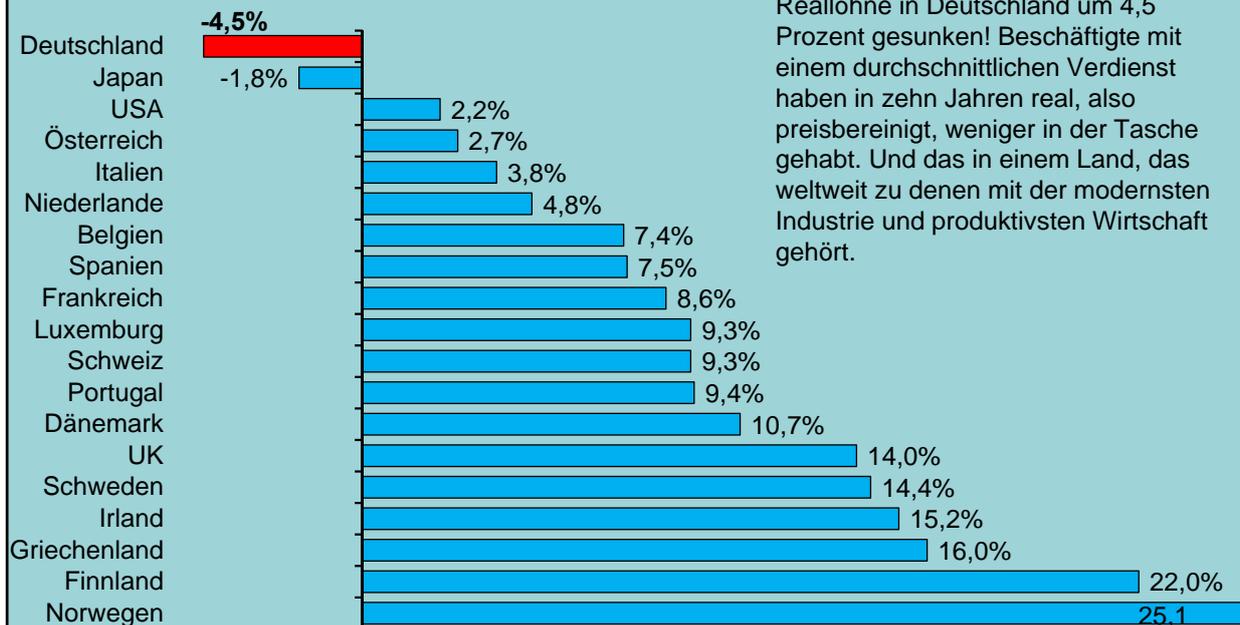
Ursachenanalyse II

Die Krise der Euro-Zone ist Ausdruck der grundlegenden Konstruktionsfehler der Währungsunion

- Eine gemeinsame Währung kann ohne ein Mindestmaß an Koordination der Wirtschafts-, Sozial-, und Lohnpolitik nicht funktionieren.
 - Folge: gravierende Ungleichgewichte im Außenhandel zwischen den Euro-Ländern, steigende Auslandsverschuldung der Länder mit Importüberschüssen
 - Keine Zentralbank, die im Zweifelsfall die Zahlungsfähigkeit der Zentralregierung sicherstellt.
- ➔ Wir müssen die Währungsunion grundlegend reformieren, oder sie wird zerbrechen. Sparwut alleine hilft gar nichts.

7

Deutschland ist Weltmeister - beim Lohndumping!



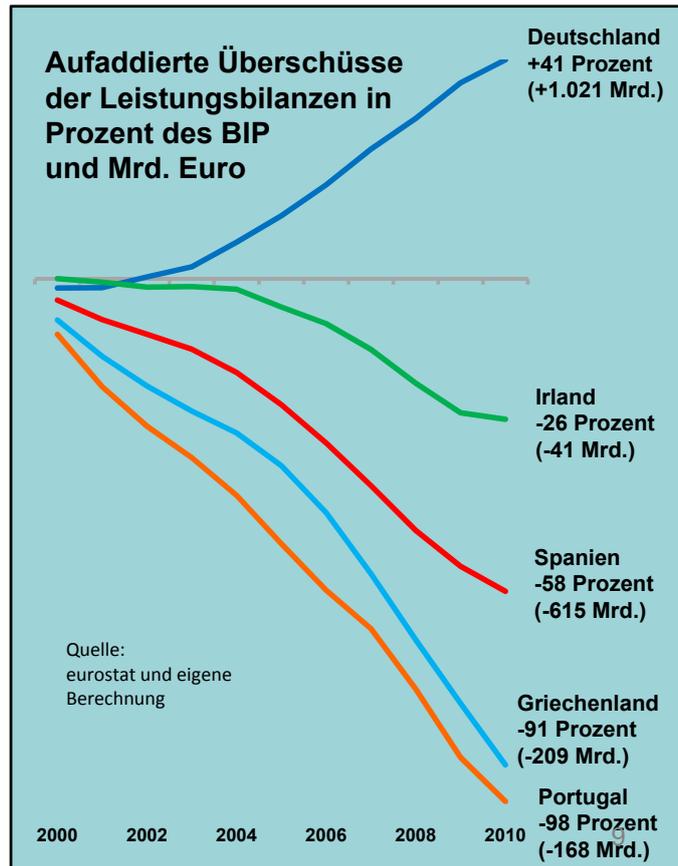
Zwischen 2000 und 2010 sind die Reallöhne in Deutschland um 4,5 Prozent gesunken! Beschäftigte mit einem durchschnittlichen Verdienst haben in zehn Jahren real, also preisbereinigt, weniger in der Tasche gehabt. Und das in einem Land, das weltweit zu denen mit der modernsten Industrie und produktivsten Wirtschaft gehört.

Quelle: Global Wage Report, Internationale Arbeitsorganisation Genf, Griechenland und Portugal Ameco-Datenbank

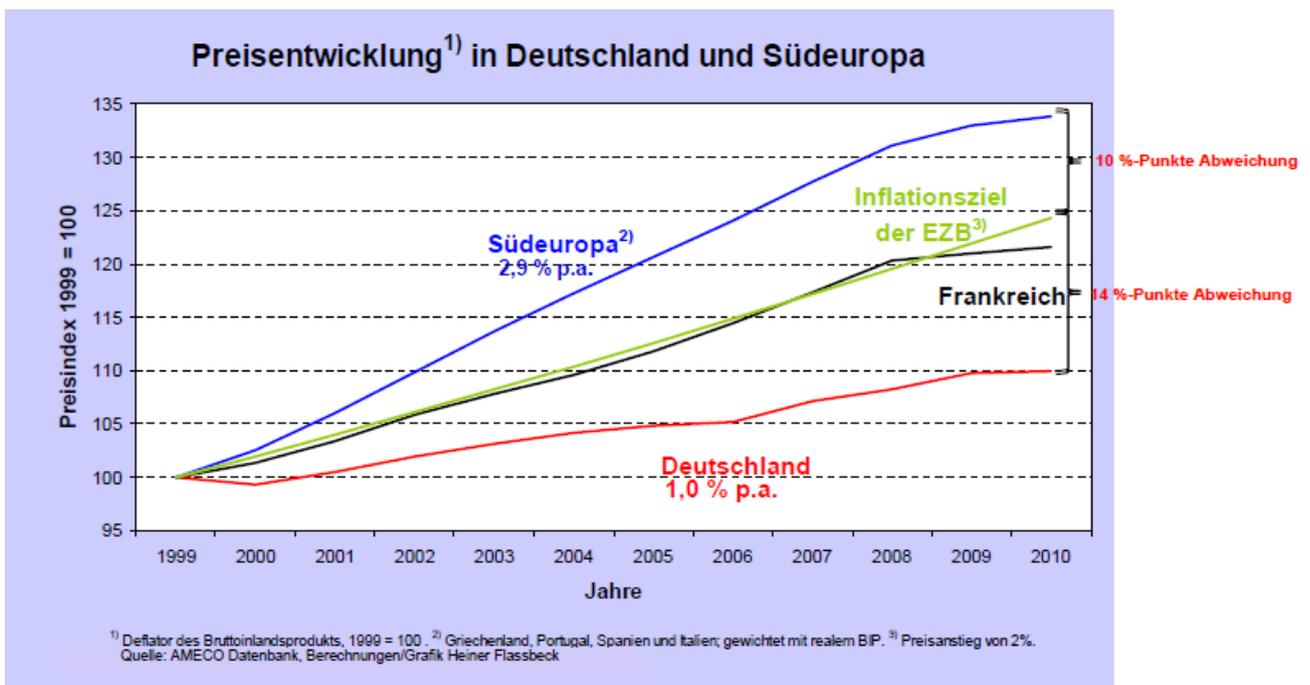
8

Lohndumping produziert hohe Ungleich-gewic hte

Leistungsbilanz: Die wichtigsten Teile der Leistungsbilanz sind der Warenhandel und die Dienstleistungen. Ein Land mit Überschüssen in der Leistungsbilanz baut Forderungen gegenüber dem Ausland auf. Ein Land mit Defiziten verschuldet sich. Das geht nicht auf Dauer gut.



Wer verletzt eigentlich die Spielregeln?



Herrschende Politik behauptet:

- Die Schuldenkrise ist das Ergebnis zu hoher Staatsausgaben.



11

Kürzungspolitik am Beispiel Griechenlands (1):

- Löhne im öffentlichen Sektor um 15 % und in der Privatwirtschaft um 8 % reduziert

Auf Deutschland übertragen entspräche das einer Kürzung des durchschnittlichen Gehalts im öffentlichen Dienst um monatlich 490 Euro!

- Starke Rentenkürzung

Auf Deutschland übertragen bedeutet das eine Kürzung der Rente im Schnitt um 1.000 Euro im Jahr.

- Kürzung der Sozialausgaben 2010 um 1,5 % des BIP

Entspräche in Deutschland 37 Mrd. Euro. Das ist mehr als der gesamte Bundeshaushalt für Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Gesundheit.

12

Kürzungspolitik am Beispiel Griechenlands (2):

- Streichung von 174.000 Stellen im Öffentlichen Dienst bis Ende 2011

Entspräche für Deutschland der Streichung von 1,2 Millionen Arbeitsplätzen!

- Starke Anhebung der Verbrauchs- und Mehrwertsteuersätze

Entspräche in Deutschland der Anhebung der Mehrwertsteuer auf 22% und der Erhöhung der Steuer auf Zigaretten, Benzin und Alkohol um 33%.

- Weitere Kürzungspakete beschlossen und in Vorbereitung

➔ Die griechische Wirtschaft wird in die Rezession getrieben.

13

Griechische Tragödie:

- „Kredithilfen“ gab es nur, wenn gigantische Ausgabenkürzungen umgesetzt wurden. Das Land geriet in eine Rezession.
- ➔ Ausgaben steigen wegen zunehmender Arbeitslosigkeit, Steuereinnahmen sinken wegen der Rezession.
- ➔ Schulden steigen trotz sogenannter Hilfskredite.



14

Die beschlossenen Maßnahmen werden die Krise nicht beenden

- Die bisherige Rettungspolitik führt zu mehr Schulden und weniger Wachstum.
- Deshalb haben alle sogenannten Hilfspakete nichts bewirkt – egal in welche astronomische Höhe sie innerhalb von zwei Jahren gestiegen sind.



Weil diese Politik falsch ist und eine alternative Krisenbekämpfung möglich ist, hat DIE LINKE im Bundestag gegen die „Rettungspakete“ gestimmt.

15

Aktuell: Fiskalvertrag

- **Schuldenbremse**
strukturelles Defizit darf 0,5 % nicht überschreiten
- **Schuldengrenze von 60 % des BIP**
überschüssige Schulden müssen innerhalb von 20 Jahren abgebaut werden
- **Zugang zum ESM an Ratifizierung des Fiskalvertrags verknüpft**
- **Ratifizierung in Deutschland voraussichtlich am 29. Juni**



Vorgaben zwingen zu europaweiten Sparorgien
fast alle EU-Staaten haben derzeit zu hohe Defizite



Parlamente werden entmündigt
Budgethoheit wird stark eingeschränkt

Junktum von SPD und Grünen: Showveranstaltung
(Wachstumskomponenten, Finanztransaktionssteuer, ...)

16

Fiskalvertrag II

SPD und Grünen haben nach Showverhandlungen (Wachstumskomponenten und Finanztransaktionssteuer) für verfassungsändernde Mehrheit gesorgt

L

Frankfurter Rundschau

FORSCHER WARNT DIE SPD

Meinung - 29 | 5 | 2012

Gegen den Fiskalpakt ist Hartz IV eine Lappalie



Aktivisten wehren sich mit Farbe gegen die Räumung des Occupy-Camps in Frankfurt (16.05.2012).
Foto: afp

Von Stephan Schulmeister

Wenn die SPD dem Fiskalpakt zustimmt, schafft sie die Voraussetzung für die Vollendung des neoliberalen Projekts in Europa. Damit würde sie den größten Fehler der Nachkriegszeit begehen, Hartz IV ist dagegen eine Lappalie. Ein Kommentar.

Niemand darf über seine Verhältnisse leben. Deshalb ist der deutsche Staat schuld an seiner Verschuldung, die Griechen sowieso, aber auch alle anderen Staaten. Nüchtern formulierte Reichskanzler Brüning schon 1931: „Die Dinge liegen an sich eher einfach: Der oberste Grundsatz für die Finanzpolitik jedes Staates ist der, dass nicht mehr ausgegeben werden kann als eingenommen wird“.



LINKE u.a. ziehen vor das Bundesverfassungsgericht

17

DIE LINKE fordert ein 6 Punkteprogramm :

1. Sofortiges Ende der diktierten Sparprogramme und der undemokratischer Einflussnahme
2. Finanzierung der öffentlichen Haushalte von den Finanzmärkten abkoppeln
3. Schuldenschnitte für überschuldete Staaten und europäische Vermögensabgabe zum Schuldenabbau
4. Bankensektor streng regulieren und unter öffentliche Kontrolle stellen
5. Beseitigung der Außenhandelsungleichgewichte
6. Profiteure zur Kasse

1. Ein sofortiges Ende der diktierten Sparprogramme

- Schluss damit, dass über die Politik in den Krisenländern nicht mehr die dortigen gewählten Parlamente entscheiden, sondern die Regierungschefs anderer Länder und demokratisch nicht legitimierte Institutionen (wie die Europäische Zentralbank und der Internationale Währungsfonds).
- Ein sofortiges Ende der Renten-, Lohn- und Sozialkürzungen sowie der Privatisierungen.
- Statt kaputtsparen:
Sinnvolle Investitionen in die Zukunft

19

2. Finanzierung der öffentlichen Haushalte von den Finanzmärkten abkoppeln

- Die Staaten erhalten die Möglichkeit, sich über eine *europäische Bank für öffentliche Anleihen* Geld zu niedrigen Zinsen bei der Zentralbank zu besorgen, anstatt es sich zu hohen Zinsen bei Banken oder anderen Investoren leihen zu müssen.
- *Gemeinsame Anleihen der Eurostaaten* sind eine praktische Möglichkeit, die Zinsbelastungen für die in die Krise getriebenen Mitgliedstaaten so zu gestalten, dass diese von denen auch beglichen und Schulden abgebaut werden können.
- Dadurch werden die Staatsfinanzen aus der Geiselhaft der Finanzmärkte befreit.

20

3. **Schuldenschnitte und europäische Vermögensabgabe zum Abbau des Schuldenstandes**

- Die Staatsschulden werden durch einen *Schuldenschnitt für überschuldete Staaten* und eine *europaweite Vermögensabgabe* für Millionäre auf ein tragfähiges Niveau gebracht.
- Schuldentilgungspakt des SVR in Form eines gemeinschaftlich verantworteten Tilgungsfonds. Der Fonds hätte eine Laufzeit bis zu 25 Jahren und derzeit ein Volumen von 2,6 Billionen Euro. Deutschland würde 537,8 Mrd. Euro an Altschulden dem Tilgungsfonds übereignen.
 - Keine Bedingungen, mit denen die teilnehmenden Länder zu einer rigorosen Austeritätspolitik gezwungen werden.
 - Finanzierung des Fonds durch eine Vermögensabgabe

21

4. **Der Bankensektor ist streng zu regulieren.**

- Banken müssen gezwungen werden, sich auf ihre dienende Funktion für die Realwirtschaft zu beschränken. Das Geschäftsmodell sollte sich an den Sparkassen sowie Volks- und Raiffeisenbanken orientieren. Erster Schritt: Trennbankensystem einführen.
- Rekapitalisierung mit staatlichem Geld nur gegen Mehrheitsbeteiligung. Langfristig *Vergesellschaftung* der großen Privatbanken.
- Reregulierung von Leerverkäufen, Kreditausfallversicherungen (CDS), OTC-Geschäften, Eigenkapital
- Ende der *Schattenbanken*, d.h. Hedgefonds für Großanleger und Fonds zum Kauf von Unternehmen auf Kredit ("Private Equity") sowie Geldmarktfonds und Zweckgesellschaften, in der Regel formal in Steuerfluchtzentren wie den Cayman Islands angesiedelt, wo es gar keine arbeitsfähigen Aufsichtsbehörden gibt.
- Öffentliche europäische Ratingagentur
- *Finanz-TÜV* – Veränderung der Aufsichtskultur: Nicht alles ist erlaubt, was nicht verboten ist, sondern nur Produkte und Geschäftspraktiken sind zulässig, die genehmigt worden sind.

22

5. Beseitigung der Außenhandelsungleichgewichte

- Überschussländer müssen zur Steigerung ihrer Binnennachfrage verpflichtet werden, damit Defizitländer mehr exportieren können.
- Für Deutschland bedeutet das: sofortiger Mindestlohn von 10 Euro, Hartz IV überwinden und ein Zukunftsinvestitionsprogramm finanziert durch Millionärsteuer, höhere Körperschaftsteuer etc.
- Defizitländer durch einen *Marshallplan* fördern
- *Ausgleichsunion* mit Strafzahlungen

Axel Troost & Lisa Paus: [Eine Europäische Ausgleichsunion – Die Währungsunion 2.0](#), Institut für Solidarische Moderne, 2011

23

6. Profiteure zur Kasse

- Finanztransaktionssteuer
 - in Koalition mit anderen europäischen Staaten
 - breites Bündnis „Steuer gegen Armut“, Attac, Gewerkschaften
- Bankenabgabe



24